

Was will uns der Herr Paulus damit sagen?

Na gut, zunächst einmal den Menschen des Neuen Weges, den Christen in Rom, der Hauptstadt des Imperiums zur Regierungszeit Neros.

Diese sind eine Anzahl von Hausgemeinden, die er nicht gegründet hat und wo er nur einige wenige Geschwister kennt.

Da er vor hat, Rom als Ausgangspunkt für eine Weiterreise nach Spanien zu besuchen, stellt er sich und sein Evangelium den Gemeinden dort in einem Brief aus Korinth vor.

Und darin erklärt er nun ausgerechnet den Hauptstädtern,

wie sie sich gegenüber dem Staat zu verhalten haben. Warum tut er das - und was ist der Anlass?

Eigentlich spricht Paulus hier von den Behörden, also nicht vom Kaiser und dessen quasi-göttlichem Anspruch. Und also auch nicht von Königen, dem Führer oder anderen Machthabern, sondern schlicht von den Polizei und Ordnungsbehörden. Denen zumindest, so der Anspruch, sollen die Christen keinen Ärger machen,

also nicht bei Rot über die Ampel gehen, nicht in zweiter Reihe parken oder in der 30 Zone 50 fahren, keine Prügelei anfangen oder den Haushaltsmüll neben dem Altglascontainer abstellen.

Das jedenfalls, so Paulus, sei nicht nur unnötig, sondern auch dämlich und vor allem gegen Gottes Interesse, der offenbar Freude an der Ordnung und nicht am Chaos habe. Klug sei hingegen ein vorbildliches Leben, gar nicht mal unauffällig, sondern auffällig, indem Gutes getan wird: Vielleicht mit einer Tafel, einem Gasthaus für Obdachlose, einem Winterspielplatz für Kinder oder ähnlichen Initiativen.

Einige Jahre zuvor waren Juden aus Rom ausgewiesen worden, darunter Priska und Aquila, die Paulus auf seinen Reisen kennen gelernt hatte - vermutlich, weil Auseinandersetzungen mit und in den Synagogengemeinden für Unruhe gesorgt hatten, in denen die Chresten eine Rolle gespielt haben. Obwohl oder weil in Rom mittlerweile auch viele Menschen mit anderem religiösen Background dazugehörten. Der damalige Kaiser Claudius jedenfalls urteilte über sie wie Trump über Migranten mit den Worten:

„Wenn sie meinen Anordnungen nicht folgen, werde ich sie mit allen Mitteln verfolgen als Leute, die eine Seuche einschleppen, die sich über die ganze Welt verbreitet.“

Ihnen wurde „Hass gegen das ganze Menschengeschlecht“ vorgeworfen, weil sie sich nicht in die polytheistische Vielfalt fügen wollten, später galten sie geradezu als Atheisten.

Möglich, dass auch Gerüchte da eine Rolle spielten:

„They’re eating the dogs“

Unter der Regierung Neros geht es Paulus aber eben nicht um das ganz große Rad, vielmehr darum, dass die Gemeinden die Staatsdiener segnen, sie als Vertreter von Gottes Ordnung anerkennen und sich daher kooperativ oder gar vorbildlich verhalten.

Aber ist nicht auch das eine Zumutung? Ausgerechnet heidnische Beamte als Vertreter Gottes auf Erden anzusehen und vor ihnen zu kuschen - oder sie gar zu segnen? Das ist doch zumindest naiv, oder? Sollen die sich jetzt auch noch als göttlich legitimiert verstehen? Wo führt das hin?

Unser Verhält zur „Obrigkeit“ ist ja durchaus ambivalent, also zwiespältig.

Wir nehmen gerne ihre Dienste in Anspruch, wenn es uns nützt,

und ärgern uns maßlos, wenn wir bei lässlichen Übertretungen erwischt werden oder

die Behörden uns Steine in den Weg legen, Umstände machen oder Prozesse unendlich langsam und bürokratisch ablaufen. Rät uns Paulus nun zu Geduld, Segen und Gehorsam?

Unser Verhältnis zur Obrigkeit ist, solange diese sich als Obrigkeit versteht, gespannt.

Vielleicht will Paulus uns hier auch nur sagen: Es sind nur Behörden, eben keine Obrigkeit,

und ihr eigentlicher Chef ist Gott, demgegenüber sie sich verantworten müssen,

und kein Kaiser, König oder Trump.

Ob es etwas nützte, wenn Paulus diesen Brief nicht an die Gemeinde, sondern die Behörden geschickt hätte, den Ordnungsdienst, das Straßenverkehrsamt und die Polizei?

Vielleicht könnten wir das beim nächsten Knöllchen oder Ämterbesuch mal an seiner Statt probieren und sagen: Ihr seid zwar Staatsbedienstete, weil ihr Lohn bezieht, aber eigentlich seid ihr Gottes Diener:innen, wisst ihr das eigentlich? Also verhaltet euch entsprechend.

Absurd? Aber so in etwa geht es ständig zu, und zwar zum Beispiel zwischen der gewählten Bezirksvertretung und der Verwaltung. Hat nicht zuletzt die Verwaltungsstellenleiterin in Mengede dem Bezirksbürgermeister ein Pressegespräch im Amtshaus verboten?

Das Amt ist für die Behörde da, nicht für die Bürger:innen - Auseinandersetzungen dieser Art sind an der Tagesordnung - die BV beschließt und die Verwaltung macht nichts oder etwas anderes.

Ihr seid zwar Staats- oder Stadtbedienstete, weil ihr Lohn bezieht
- anders als die ehrenamtlichen Volksvertreter:innen -
möchte man da sagen,
aber eigentlich seid ihr Diener:innen der Menschen, wisst ihr das eigentlich?
Ihr seid verantwortlich nicht gegenüber dem Amtsleiter oder dem OB,
sondern gegenüber den Bürger:innen. Also verhaltet euch entsprechend.
Wir müssten mit Paulus jetzt noch ergänzen:
Ihr seid Diener:innen Gottes, also auch ihm gegenüber verantwortlich -
überlegt euch also, was ihr tut. Unseren Segen habt ihr schon mal.

Nur ist gerade das ja vielleicht *gerade* das Problem:
Dass die Verwaltung und die Exekutive sich aufführen,
als wären sie im Auftrag des Herrn unterwegs.
Wenn die sich jetzt auch noch als Bevollmächtigte Gottes verstehen - wo soll das hinführen?
Nicht Bevollmächtigte - Diener haben wir gesagt!
Ja klar, bevollmächtigte Diener, also Bevollmächtigte,
im Dienst des Höchsten - und nicht von euch Menschen.
Vermutlich reden die Regierenden ja auch eben darum immer wieder von „den Menschen“,
die dieses und jenes erwarten, befürchten oder brauchen.

Deshalb sage ich ja:
Das Verhältnis zur Obrigkeit ist, solange diese sich als Obrigkeit versteht, gespannt.
Das Gottesgnadentum und landesherrliche Kirchenregiment hatten wir ja schon.
Wer aber ist denn nun für uns die Obrigkeit, der wir nach Paulus Meinung Gehorsam schuldig seien: Die
gewählte Vertretung? Oder doch die Polizeigewalt und die Behördenvertreter?
Wie ist das in einer Demokratie, die Paulus hier nicht im Blick haben kann?
Der Souverän heißt es, sei das Volk. Aber was heißt das konkret?

„Fahre so, dass aus deinem Fahrstil eine allgemeine Straßenverkehrsordnung abgeleitet werden kann“ würde
ein Immanuel Kant raten - und unsere Pflicht würde der Vernunft gelten, die in diesem Gedanken steckt. Der
eigentliche Souverän ist demnach die Vernunft, die diese Gesetzmäßigkeit in sich erkennt.

Die Testfrage würde lauten:

Kannst du wirklich widerspruchsfrei wollen, dass alle ebenso so (ver)fahren wie du?

Vielleicht wäre da sogar so etwas wie ein göttlicher Anspruch zu erkennen:

Verfährt untereinander nicht mit Willkür, Selbstgerechtigkeit, Egoismus, Hassrede, Herabsetzung, Wut,
Verachtung,

sondern ändert euer Denken, richtet Euer alltägliches Leben unter den Bedingungen dieser Welt so aus, als
wäre es ein Gottesdienst - und dann ist es das auch.

Das gilt auch für den Umgang mit der Exekutivmacht und den Behörden, die zumindest dafür zu sorgen haben,
dass die Welt zumal in der Großstadt nicht im Chaos versinkt -

als Verantwortung gegenüber Gott und Menschen. Es ist also keine politische Theologie, die Paulus hier
betreibt, eher schon ein Versuch, dem Leben von Christ:innen in der Politeia, der Öffentlichkeit einer
Stadtgesellschaft einen Freiraum und zugleich eine Verantwortung zu geben.

Aber wird das der Komplexität nicht nur heutiger, sondern auch Verhältnisse gerecht?

Lässt sich Behördenwillkür damit rechtfertigen, sie sei ebenso Gottesdienst - oder muss sie gerade darum
kritisiert und in die Schranken gewiesen werden?

Ist nicht sogar Widerstand geboten, wo gegen das Gebot der Liebe und der Gerechtigkeit verstoßen wird, wie nicht nur im 3. Reich geschehen, sondern auch heute politische Agenda im Iran, in Russland, im Projekt 2025, aber auch in vielen alltäglichen Verfahrensweisen?

Hier im Text ist von Steuer und Zoll die Rede, ebenso aber von der Todesstrafe.

Nun ist es ja nicht so, als hätte Paulus nicht so seine Erfahrungen mit der Obrigkeit und den Exekutivbehörden. Er war oft genug schon wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses verhaftet worden und saß, zumindest nach seinem eigenen Dafürhalten, auch schon in der Todeszelle.

Das Beispiel aus der Apostelgeschichte zeigt das ganz gut: Verhaftet wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses, mit Stöcken verprügelt und dadurch verwundet, ins Gefängnis geworfen.

Seltsamerweise folgen Paulus und Silas der Anordnung selbst dann noch, als auf wunderbare Weise die Türen aus den Angeln gehoben werden und sich der Aufseher mit einer scheinbaren Pflichtverletzung konfrontiert sieht (ich bin ja auch in meinem Vertrag mit dem Land NRW ausdrücklich dazu verpflichtet, keine Gefangenen zu befreien!). Paulus und Silas bleiben darum einfach im Gefängnis - ob nun mit Tür oder ohne.

Dahinter steckt aber, wie sich zeigt, auch eine Art subversiver Trotz: Es geht gar nicht so sehr um das eigene Privileg, das hier als Karte ausgespielt wird, sondern darum, dass Recht Recht bleiben muss, wenn da schon die dicke Keule herausgeholt wird. Es zeigt sich dann nämlich, dass, im Gegensatz zu Paulus und Silas, die Behördenvertreter selbst das Recht gebrochen haben

- weshalb sie dann doch ziemlich kleinlaut der Forderung nachgeben.

Bei allen theologischen Spannungen zwischen der Apostelgeschichte und den Paulusbriefen:

Denkt Paulus noch an diese Episode und passt sie zu seinen Argumenten?

Dass hier die Behörden vorgeführt werden und sie das hier provozieren?

Klingt ja ein bisschen so wie wenn uns - wie bei einer Kollegin von Annette geschehen - in der Notaufnahme gesagt wird, es sei leider kein Arzt im Haus und man möge doch morgen wieder kommen, bis herauskommt, dass man Privatversichert ist und wie ein Wunder plötzlich doch ein Arzt im Hause ist.

Das Thema ist also Verantwortung und darin eine bestimmte Freiheit, weil diese Verantwortung nicht nur in erster Linie Gott, den Menschen und der Gerechtigkeit gegenüber gilt, dann aber auch in Recht umzusetzen ist. Nicht umsonst kritisieren und provozieren die Propheten die Herrschenden mehr als deutlich: So nicht, heißt: Euer Recht ist nicht Gottes Recht und darum Gott nicht recht. Dabei wird schon bei den Propheten deutlich: Es geht nicht um Buchstaben oder Gebote im Wortlaut, sondern die Ermöglichung oder die Verhinderung von Leben und Gerechtigkeit.

Das, lieber Paulus, vermisste ich hier, auch wenn ich weiß, dass Du selbst schon im Knast gesessen hast: Dass nicht nur die Gemeinden und nicht nur Verwaltung und Behörden auf diese Verantwortung gegenüber Gott verwiesen werden, sondern auch ihre Anordnungen und Verordnungen und Zuordnungen.

Aber vielleicht ist das zu viel verlangt und auch ein wenig nachlässig gedacht.

Denn Paulus war auf römischen Straßen unterwegs, konnte sich auch sein Bürgerrecht berufen, traf in einer multiethnischen und multireligiösen Umgebung weitgehend auf Freiheit, Toleranz und Sicherheit und konnte in Krisensituation auf die dafür zuständigen Instanzen und Behörden zurückgreifen. So will der Text Scheinkonflikte vermiedenen stattdessen auf die Freiräume verweisen und auf den Segen, den gerade Christ:innen für die Gesellschaft und in der Gesellschaft sein sollen, in dem sie ihr Denken und Handeln auch im Respekt gegenüber den Mitmenschen und Bürger:innen als Gottesdienst verstehen.

Der Text rechtfertigt darum keine Herrschaft und schon gar keine Willkürherrschaft - und es ist und wird auch kein Regierungsdokument einer US-Regierung unter dem Möchtegern-Despoten Trump mit seinen Hassbotschaften, Beleidigungen und Verächtlichmachungen werden.

Dass amerikanische Christ:innen in ihm einen gottgesandten Erlösern sehen, der gerade im Namen Gottes Ordnung schafft, hat eher mit ihrer Verwirrung zu tun als mit Paulus oder der Bibel.

Paulus hat aber auch keine Demokratie mit dem Anspruch eines friedlichen Machtwechsels im Blick und hätte möglicherweise dennoch mehr über all die Fallstricke und Widersprüche des Regierens sagen sollen, denen sich auch die Baptistin Kamala Harris ausgesetzt sieht und sehen wird, sollte sie doch noch Präsidentin werden.

Offenbar wollte er sich nicht dazu äußern, was uns den Freiraum zu Kritik und Widerstand gibt.

Wohl aber wollte er die Christ:innen in Rom und vielleicht auch uns auf seine Art darauf aufmerksam machen, dass wir zuerst nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit streben dürfen und dafür alle Freiräume nutzen sollen, die sich uns bieten.